

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 4/47. Jahrgang

April 2016

Schutzgebühr: 0,40 €

Ostermarsch 2016



Kriegsministerin von der Leyen will bis 2030 130 Milliarden € für Waffen, Panzer, Fluggeräte und Kriegsschiffe ausgeben.

Wir zeigen Alternativen

30.000



Wohneinheiten
à 80 m²

4



Mehrweckkampfschiffe MK180

2.700



Jahresgehälter für Lehrkräfte bis 2025

207



Schützenpanzer Puma

+ 6 %



Mehr Lohn im Öffentlichen Dienst*

57



Transporthubschrauber NH90

* vorläufige Tarifunterstützung 2016 für Beschäftigte in Bund und Kommunen

Gießener Linke mit fünf Sitzen im neuen Stadtparlament

Die DKP Gießen ist erfreut über das Wahlergebnis der Gießener Linken, die mit 5 (vorher 3) Sitzen im neuen Parlament vertreten sein wird, darunter wieder Michael Beltz, Mitglied des Kreisvorstands der DKP. Die weiteren gewählten Stadtverordneten sind: Michael Janitzki, Matthias Riedl, Conny Mim und Francesco Amman; als erstes nachrücken wird Martina Lennartz.

Das Wahlbündnis aus Linkspartei, DKP und Linkem Bündnis hat mit seinem Wahlprogramm, Veranstaltungen und Info-Ständen von der Notwendigkeit einer echten Alternative überzeugen können, die nicht nur notwendige Reformen einfordert, sondern auch zeigt, wo das Geld dafür zu holen ist: bei den Superreichen und den Profiten der Konzerne.

Die erste Sitzung des neu gewählten Stadtparlaments, auf der u.a. der Stadtverordnetenvorsteher gewählt wird, findet am Donnerstag, dem 28. April um 18 Uhr im Rathaus statt.

Die Eröffnungsrede wird traditionell

vom ältesten Parlamentarier gehalten. Das wäre diesmal Hilmar Jordan (AfD); dieser Faschist sieht seine Hauptaufgabe darin, die Nazi-Verbrecher des "Greifgeschwaders 55", das Städte wie Warschau und Coventry in

Grund und Boden bombte, in Ehren zu halten.

Als im April 1993 der Vertreter der REPs die Eröffnungsrede halten wollte, wurde er von einem ohrenbetäubenden Pfeifkonzert empfangen, das so lange andauerte, wie er am Mikro war - während drei Hundertschaften der Polizei (mit Hunden) bereit standen (s. GE Nr. 5/93). Erika Beltz



NATO und Bundeswehr raus aus Syrien, Osteuropa, dem Mittelmeer und Afrika!

Raus aus der NATO - NATO-Stützpunkte in Deutschland schließen!

Frieden mit Russland!

Runter mit der Rüstung - rauf mit den Investitionen für Soziales, Gesundheit und Bildung!

Inhalt:

Landtags-Wahlen/Polizei	S.2
Baumschutz/Wasser/freier Sonntag	S.3
Hartz IV/verkirchlichte + Uni-Klinik	S.4
Tarifrunde 2016/Glyphosat	S.5
Syrien/DKP-Parteitag/Bildungsdemo	S.6
Peter Gingold zum 100./NPD-Verbot	S.7
Termine	S.8

Für Frieden und Sozialismus!



Ob „rot“/schwarz/grün, ist ganz egal – in Deutschland herrscht das Kapital

Eines haben die Wahlergebnisse in Hessen und den drei Bundesländern gemeinsam: die Verluste von CDU, SPD und Grünen (bis auf Baden-Württemberg) und die selbstverständliche Ungeniertheit, mit der diese drei untereinander an ihren Koalitionen basteln. Galten früher noch Begriffe wie „links“ und „rechts“, wie „Regierung“ und „Opposition“, so ist jetzt alles eins. Und das ist auch logisch: Alle drei stehen für die Umsetzung der von Kanzler Schröder (SPD) mit Vizekanzler Fischer (Grüne) beschlossenen Agenda 2010. - Dieses größte Verarmungs- (Hartz IV) und Kriegführungsprogramm hätten Kohl und die CDU niemals gegen den Widerstand der Gewerkschaften durchsetzen können. Dazu brauchte es die SPD. Denn: *Ob „rot“/schwarz/grün, ist ganz egal – in Deutschland herrscht das Kapital.*

Und diese Agenda 2010 ist die Grundlage von Merkels Politik, die Armut und Reichtum gleichermaßen auf die Spitze treibt, einen Kriegseinsatz nach dem anderen beschließt und mit einem Rekord beim Waffenexport (wie jüngst Gabriels Deal mit Saudi-Arabien) die Profite der Rüstungsindustrie sprudeln lässt.



Einzig konsequente Oppositionspartei in Berlin ist – noch – die Linkspartei. Aber auch dort gibt es die Illusion, durch „Rot“/Rot/Grüne-Koalitionen Verbesserungen erreichen zu kön-



nen. In Sachsen-Anhalt hat sie für ihren Anbiederungskurs die Quittung bekommen und ein Drittel ihrer Wähler verloren. Und die AfD geriert sich als „Opposition“, ist aber in keiner Hinsicht eine Alternative. Während die jetzige Bundesregierung es zulässt, dass tau-

sende Flüchtlinge jämmerlich verrecken, und Milliarden ausgibt, um sie in die faschistoide Türkei abschieben zu können, will die AfD sie gleich an den Grenzen abknallen.

Und ihr übriges „Programm“ ist ein Horrorkatalog: gegen Arbeitslosenversicherung und Sozialleistungen, gegen Abtreibung und demokratische Rechte. – Die große Mehrheit ihrer Wähler wollte den Regierungsparteien einen Denkmittel verpassen, hat aber gegen ihre eigenen Interessen gewählt.

Für die herrschenden Parteien ist die AfD nützlich, in ihrem Fahrwasser lassen sich weitere Grausamkeiten vorbereiten.

„Wenn Wahlen etwas verändern würden, wären sie verboten,“ heißt ein alter Spruch. Oder wie Lenin die bürgerlichen Wahlen beschreibt: *einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll.* E. Beltz

Überflüssig: "freiwillige Polizei" Notwendig: Ahndung rechter Gewalt

Wie zu erwarten, wurde auf der letzten Sitzung des Stadtparlaments der „freiwillige Polizeidienst“ beschlossen (s. Echo 3/16). Überzeugende Argumente konnten auch diesmal nicht vorgebracht werden, außer einem vorgeblich diffusen Unsicherheitsgefühl, dem entgegengewirkt werden müsse. Dies wurde aber – insbesondere nach den Kölner Vorfällen – geschürt, auch in Gießen. So berichtete z.B. die Allgemeine (mit Foto!), dass sich drei Mädchen am Bahnhof von entgegenkommenden Südländern bedroht gefühlt und das Weite gesucht hätten, worauf Tage darauf die Eltern richtig stellten: Alles aus den Fingern gesogen.

Fakt ist: Gießen ist – auch laut neuester Kriminalstatistik – sicherer geworden. Polizeipräsident Schweizer im März 2016: „Unterm Strich hat sich die Sicherheitslage in Gießen verbessert.“ Und die Gewerkschaft der Polizei befürchtet sogar, dass der „freiwillige Polizeidienst“ sog. Bürgerwehren fördert, nach dem Motto „wenn

die das machen, können wir das auch“. Sie fordert dagegen 1000 neue reguläre Stellen im hessischen Polizeidienst, um den Überstundenberg von 3,1 Millionen abzubauen und ihren Aufgaben gerecht werden zu können. Dazu gehört auch die Bekämpfung der zunehmenden rechten Gewalt. Die Zahl der Angriffe auf Flüchtlinge in Hessen ist 2015 im Vergleich zum Vorjahr um fast das Sechsfache gestiegen. Und es ist davon auszugehen, dass sie auch für Hessen noch einmal deutlich steigen wird. Zudem sind immer mehr Mitglieder der rechten Szene im Besitz von Waffen. Laut Bericht der Landesregierung befinden sich derzeit rund 90 Schusswaffen in den Händen bekannter Rechtsradikaler. Zum Vergleich: Im Jahr 2012 waren in der Szene gerade mal 12 Waffen registriert. Es gibt neun Haftbefehle gegen bekannte Rechtsextreme, die bisher nicht vollstreckt wurden. - Vor diesem Hintergrund ist der „freiwillige Polizeidienst“ nicht mehr als ein fauler Zauber. M. Beltz

Beruhigungsspiel „Baumschutz“satzung

Spätestens seit den Baumrodungen in der Wieseckau und dem teilweise erfolgreichen Widerstand durch die Bürgerinitiative „Stoppt diese Landesgartenschau“ sind die Gießener nicht mehr bereit, jede Naturzerstörung durch Behörden oder private Investoren kritiklos hinzunehmen. Immobilienbauer haben in Gießen weitgehend freie Hand und das Wohlwollen der Stadtregierung, wenn es um die Beseitigung natürlicher „Hindernisse“ ihrer Bautätigkeit geht. Natürlich trat der städtische Forstbetrieb im Auftrag der Stadtregierung im Stadtwald in Aktion, um große Eschenbestände für den Ex- und Transport nach Malaysia kettenzusägen. Das Defizit der Landesgartenschau muss ausgeglichen werden. Der Naturschutzbund kritisierte öffentlich, dass die

Vermarktung dieser natürlichen Ressource „Wald“ nicht im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung sei. Von „Nachhaltigkeit“ könne keine Rede sein.

Da der Gießener Magistrat, besonders vor den Kommunalwahlen, immer mehr unter Druck geriet, versuchte er es mit einer Beruhigungsspiel, einer „Baumschutzsatzung“. In dem nach den Kommunalwahlen vorgelegten Entwurf sind die Ausnahmen vom Schutz die größte Untergliederung: Ausgenommen sind die meisten Nadelbäume, Bäume im Wald, die meisten Obstbäume, Bäume auf Grundstücken, in Kleingärten, auf Dachgärten usw.

Also, was bleibt: Eine lächerliche Augenwischerei.

Mario Berger



Allianz für den freien Sonntag

Der "Tag des Sonntags" am 3. März nahm die Gießener Allianz für den freien Sonntag zum Anlass, mit einem Informationsstand am Kirchenplatz auf die Zunahme von Sonntagsarbeit hinzuweisen (Foto links). In der Allianz arbeiten Gewerkschaften und Kirchen gemeinsam. Auch der Tuchmarkt am 6. März stand in der Kritik; hier wurde seitens des Gießener Stadtmarketing ein kompletter Markt aus den Niederlanden für den verkaufsoffenen Sonntag verpflichtet, um einen Grund zur Ladenöffnung am Sonntag zu haben. Am Gewerkschaftshaus wurde mit einem großen Banner auf die steigende Sonntagsarbeit aufmerksam gemacht. H.A.

Unterstützt die Petition gegen Wasser-Raubbau

„Wasser wird laufend gebraucht – sein Verkauf ist wie Geld drucken, sofern Politik und Behörden mit spielen...“ (aus: <http://www.sgv-ev.de>).

Die Schutzgemeinschaft Vogelsberg e.V. (SGV) wirkt seit 1989 aktiv gegen die profitable Ausnutzung der Wasserbestände.

Sie gehört zu den größten Naturschutzorganisationen Hessens. Ihr gehören ein Landkreis, 17 Kommunen, 40 Vereine und etliche Einzelpersonen an. Die intensive Nutzung des Wassers, um Profite zu realisieren, steht dem Interesse der Menschen nach umweltschonender Trinkwassergewinnung und dem Schutz vor Aus-

trocknung wasserreicher Regionen entgegen.

Gießen ist vom Wasserexport direkt betroffen, weil mitten durch den Schiftenberger Wald Schneisen für den Ausbau der Rohrleitung geschlagen

und die Spazierwege durch LKW-Verkehr seit Monaten verdichtet wurden.

Nun bitten elf Bürgermeister aus dem hessischen Vulkangebiet um Unterstützung gegen eine Erweiterung des Grundwasser-Exports nach Frankfurt.

In Frankfurt solle die Eigenversorgung gestärkt werden, statt Wasserbrunnen still zu legen.

Sie fordern alle Bürger auf, eine Petition der Schutzgemeinschaft Vogelsberg zu unterstützen: <http://www.sgv-ev.de/petition>.

Mario Berger



P.S.: Was wohl Frau Weigel-Greilich und Herr Grothe zu der Initiative ihrer Kolleginnen und Kollegen sagen?

Wieviel kostet die Würde des Menschen?

Zum 1.1.2016 wurde der Hartz-IV-Satz für Alleinstehende von 399 auf **404 Euro** monatlich „erhöht“.

Die Bundesregierung hält diese Summe für das Existenzminimum, das der Würde des Menschen entspricht. Zugestanden werden:

4,72 Euro pro Tag für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke.

Jeder Mensch braucht für eine gesunde Ernährung und Bewegung 2,85 Euro pro 1000 kcal (Stand Januar 2016). Die Menschenwürde wird also

mit 1.656 kcal täglich befriedigt. Das bedeutet Mangelernährung, denn Erwachsene brauchen schon nach offiziellen Angaben mindestens 2.200 kcal pro Tag. Notwendig wären also 7,12 Euro pro Tag.

0,00 Euro pro Tag für alkoholische Getränke und Tabak.

Bier und Zigaretten widersprechen der Menschenwürde.

0,26 Euro pro Tag für den reinen Materialwert von Café und Restaurantbesuchen.

Wer Hartz IV bezieht, soll demnach zu Hause bleiben und keine Kontakte pflegen.

0,68 Euro pro Tag für Verkehrsmittel. Das reicht nicht einmal für eine Hin- und Rückfahrt.

0,00 Euro pro Tag für Kfz-Kosten. Autofahren widerspricht der Menschenwürde.

Die Menschenwürde besteht für den Bundestag aus Mangelernährung und Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben!

DGB: Vermögens- und Schuldenuhr in Deutschland

10.337.869.153.859 € beträgt das Nettoprivatvermögen, Zuwachs 9073 € pro Sekunde

3.514.875.512.312 € (= 34%) besitzt das reichste Prozent davon, Zuwachs 3085 € pro Sekunde

2.148.459.443.366 € beträgt die Staatsverschuldung, Zuwachs -561 € pro Sekunde

Plötzlich kirchlich – und damit rechtlos

In Neunkirchen (Rheinland-Pfalz) wurde das Städtische Klinikum an die Evangelische Diakonie verkauft. Immer noch besser als Privatisierung - könnte man denken.

Falsch, für private Klinikbetreiber gelten immer noch Betriebsverfassungsgesetz und Tarifverträge. Kirchen als Unternehmer stehen dagegen über jedem Gesetz. Entgegen allen internationalen Arbeitsnormen können sie schalten und walten wie sie wollen. In Neunkirchen haben sie sofort den Betriebsrat aufgelöst, die beiden bisher freigestellten Betriebsräte mussten gleich wieder in der Pflege arbeiten.

Die in kirchlichen Betrieben vorgesehene Mitarbeitervertretung, die gegenüber der Geschäftsleitung nur als Bittsteller auftreten kann, soll erst noch gewählt werden. Kandidieren können nur Mitglieder einer christlichen Kirche. Juden, Moslems, Atheisten usw. werden diskriminiert. Tarifverträge gelten nicht mehr. Die bisherigen Angestellten sollen vorerst weiter nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst bezahlt werden, Neueingestellte werden sich mit Gottes Lohn oder was die Kirchenfürsten für angemessen halten zufrieden geben müssen. Die Beschäftigten wollen mit der Gewerkschaft ver.di für ihre Rechte kämpfen.

Die Sonderrechte der Kirche als Unternehmer sind ein Anachronismus, der längst abgeschafft sein müsste. G.Linhart



UKGM: Computer statt Ärzte

Die Rhön AG will im Uniklinikum Gießen-Marburg (UKGM) den Einsatz von Diagnose-Computern testen. Nicht mehr ein Arzt, sondern ein Computerprogramm ermittelt aus Symptomen, Laborwerten, biologischen Daten usw. eine Diagnose und schlägt auch eine Therapie vor.

Für den Konzern hat das einen großen Vorteil: Den Computer kann man so programmieren, dass er bei seinem Therapieempfehlung die Profitinteressen des Konzerns berücksichtigt – also die Maßnahmen auswählt, die den größten Gewinn einbringen. Im privatisierten Medizinbetrieb wird versucht, in speziellen Schulungen den Ärzten beizubringen, jeden Patienten als Teil einer Wertschöpfungskette

zu sehen. Das gelingt aber kaum vollkommen, die Ärzte wählen trotzdem oft die Behandlung, die für den Kranken am besten ist. Bei Diagnosecomputern kann man diese „Gefahr“ ausschließen. Auch wenn es zunächst so sein wird, dass die Ergebnisse des Computers noch von einem Mediziner bestätigt werden müssen – der profitablere Vorschlag steht im Raum und beeinflusst die Entscheidung.

Die profitorientierte privatisierte Medizin ist eine Fehlentwicklung, sie verteuert die Krankenversorgung und schadet den Patienten. Das UKGM gehört wie alle anderen privatisierten Krankenhäuser wieder in öffentliche Verantwortung. Gernot Linhart

Tarifrunden 2016

Nicht nur Lohnerhöhung, sondern Arbeitszeitverkürzung notwendig

In den nächsten Wochen und Monaten stehen wieder Tarifverhandlungen in vielen Bereichen der Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes an. Dabei war schon das vergangene Jahr von harten Tarfkämpfen geprägt. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut errechnete etwa 2 Millionen Streiktage. Dabei hätten sich rund 1,1 Millionen Beschäftigte beteiligt, was eine Verdreifachung gegenüber 2014 darstellt. Insgesamt konnten dadurch akzeptable Ergebnisse erzielt werden. In diesem Jahr haben die Gewerkschaften mit 4,5 bis

6% ziemlich moderate Lohnforderungen aufgestellt. Notwendige Forderungen zur Arbeitszeitverkürzung fehlen.

Millionen Arbeitsplätze fallen weg
Laut einer Studie von Volkswirten der Bank ING-DiBa könnten durch den

Einsatz von Robotern und anderen Technologien in Deutschland in den nächsten Jahren 18 Millionen Arbeitsplätze wegfallen. Das sind rund 59% der 30,9 Millionen sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten. Diese Entwicklung birgt erhebliche soziale Sprengkraft.

Dass alle Menschen, die bei diesen Umwälzungen ihren Arbeitsplatz verlieren, an anderer Stelle wiedereinen neuen Job finden, glauben auch die Ökonomen der ING-DiBa nicht. Es müssen zukunftsfähige Lösungen entwickelt werden, eine Verringerung der Arbeitszeit kann nur ein erster Schritt sein.

Rainer Grabowski



Glyphosat ist überall - wie lange noch?

Die österreichische Umweltorganisation Global 2000 hat das Bundesamt für Risikobewertung, die Agentur für Lebensmittelsicherheit der EU und den europäischen Ableger des Monsanto-Konzerns wegen Betrugs angezeigt. Die beiden Behörden haben sich für die weitere Zulassung des Pflanzengiftes Glyphosat ausgesprochen, obwohl die Internationale Agentur für Krebsforschung und die Weltgesundheitsorganisation diese Substanz als wahrscheinlich krebserregend eingestuft haben. Diese beiden Einrichtungen haben zahlreiche unabhängige Studien zu Glyphosat ausgewertet, während die deutsche und die europäische Behörde nur von Monsanto vorgelegte Untersuchungen, die zum größten Teil nicht öffentlich zugänglich sind, berücksichtigt haben.

Eine zuständige Expertenkommission der EU, die eigentlich Anfang März über die Zulassung von Glyphosat für weitere 15 Jahre (!) urteilen sollte, hat ihre Entscheidung vorerst vertagt. In den letzten Wochen ist das Spritzmittel wieder ins Gerede gekommen - Spuren davon wurden in vielen Bieren nachgewiesen. Das ist allerdings

nicht überraschend, denn was auf Getreidefeldern ausgebracht wird, zum Teil auch noch kurz vor der Ernte, findet sich natürlich auch in den daraus hergestellten Produkten. Im Urin fast aller Menschen in Europa kann Glyphosat gefunden werden. Das bekannteste Spritzmittel mit der Substanz wird unter dem Namen „Roundup“ verkauft, aber auch in vielen anderen Zubereitungen ist es am

Markt. Die Baumarktkette Hornbach hat aufgrund der neuesten Erkenntnisse alle Produkte mit Glyphosat aus ihrem Sortiment entfernt. Wie es die in Gießen vertretenen Bau- und Gartenmärkte damit halten, werden wir im nächsten Echo berichten. Auf eine Anfrage der Linksfraktion hin versicherte der Magistrat, dass die Stadt Gießen kein Glyphosat verwendet.

Gernot Linhart



Syrien Waffenruhe und Verhandlungen erkämpft

Fünf Jahre lang haben NATO-Staaten und die Golfmonarchien den Krieg in Syrien angeheizt, indem sie dortige Islamisten finanzierten, bewaffneten und beauftragten, die Regierung zu stürzen und den säkularen, multireligiösen und multiethnischen Staat zu beseitigen.

Durch das Eingreifen der russischen Armee auf Bitte der Regierung in Damaskus konnte dieses Vorhaben, das einen weiteren gescheiterten Staat erzeugt hätte, verhindert werden.

Jetzt konnten Verhandlungen und eine

Waffenruhe vereinbart werden, die weitgehend eingehalten wird. Nur die Türkei und von ihr unterstützte Terroristen beschießen weiterhin vor allem von Kurden bewohnte Gebiete.

Die russische Regierung hat mit einem überraschenden Teilabzug von Kampfflugzeugen und Militärberatern gezeigt, wie ernst sie Waffenruhe und

Verhandlungen nimmt.

Das jetzige Kräfteverhältnis in Syrien könnte eine Einigung zwischen Regierung und bewaffneten Gegnern möglich machen und das Land vor völliger Zerstörung bewahren. Die im ersten Satz genannten Einheiten des Krieges werden leider wieder ungeschoren davonkommen. G. Linhart



Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

3 WOCHEN GRATIS!

junge Welt

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

3. Tag des 21. Parteitags der DKP beendet Für Kuba, UZ und gemeinsames Handeln in der DKP



Eine mit Spannung erwartete Diskussion gab es über die Frage, ob die DKP auch weiterhin den Beobachterstatus in der Partei der Europäischen Linken (EL) beibehalten will oder nicht. 99 Delegierte folgten dem Parteivorstand, diese Position zu verlassen, ca. 50 stimmten dagegen. Auch die Gießener Delegierten sahen die Gefahr des reformistischen Einflusses der EL, z.B. bei der Abwendung von Kuba und dem Festhalten an Syriza, trotz der Streiks in Griechenland gegen diese sozialdemokratisch orientierte Partei. Des Weiteren wurden Anträge des Parteivorstandes zur Internationalen Zusammenarbeit und zur Solidarität mit dem sozialistischen Kuba verabschiedet, in dem es unter anderem heißt: „Der auf dem VI. Parteitag der KP Kubas initiierte wirtschaftspolitische Aktualisierungsprozess wird den kubanischen Sozialismus im Hinblick auf die Bewältigung der bevorstehenden Herausforderungen weiter stärken.“ - Delegierte aus Gießen waren Erika und Michael Beltz sowie Pablo Graubner.

Aktionstag für Chancengleichheit und gute Bildung

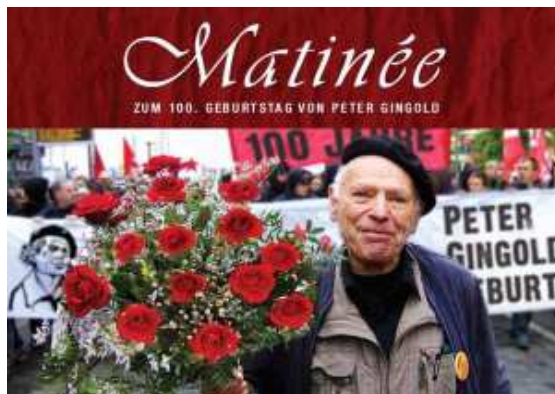
Rund 400 Schüler, Lehrer und Eltern nahmen an der Demonstration beim „Aktionstag für Chancengleichheit und gute Bildung“ am 4. März in der Gießener Innenstadt teil. Sie forderten u.a. kleinere Klassen, Abbau von Stress für Lehrer und Schüler und pädagogische Kontinuität. Kritisiert wurden die „steinzeitliche Ausstattung“ der Schulen sowie die mangelhaften Rahmenbedingungen bei der Inklusion und den Ganztagschulen. Auch die SDAJ beteiligte sich, ihr Transparent (Foto) ist unmissverständlich. R.G.



Peter Gingold zum 100.

Manche erinnern sich an den Widerstandskämpfer in der Résistance Peter Gingold. Zu Ehren dieses vorbildlichen Kommunisten fand im überfüllten Saal im Gallus eine Matinée statt. Weggefährten, Freunde und Genossen fanden sich zu einervon der Genossin Bruni Freyisen und Mathias Meyers organisierten Gedenkfeier statt.

Interessierte können auch einen von Martina Lennartz erstellten Bericht in der UZ nachlesen - oder auf der Homepage der DKP Hessen (<http://dkp-hessen.de/2016/03/matinnee-zum-100-geburtstag-von-peter-gingold/>) oder in der Gießener Zeitung.



Die NPD hätte es nie geben dürfen

Seit Anfang März verhandelt das Bundesverfassungsgericht über den Antrag der Länder, die NPD zu verbieten – auf Grundlage von Artikel 21 (2) des Grundgesetzes: „**Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung... zu beseitigen... sind verfassungswidrig.**“

Ein erster Verbotsantrag, der 2001 von der damaligen Bundesregierung gestellt worden war, wurde nach zweijähriger Verhandlung zurückgewiesen. Das Gericht sah sich angesichts der Fülle der V-Leute in den NPD-Gremien außerstande, zu beurteilen, ob die faschistischen Hetzparolen und Aktionen auf dem eigenen Mist gewachsen oder vom Verfassungsschutz finanziert und veranlasst worden waren. – Dies sei jetzt nicht mehr der Fall.

Jetzt prüft das Gericht die Verfassungsfeindlichkeit, die es als gegeben sieht; zur Aussage der NPD, dass »Angehörige anderer Rassen« allesamt abzuschieben seien, merkte Verfassungsrichter Peter Huber an, die NPD gehe hier sogar weiter als die NSDAP in ihrem Programm. Gewalt sei Bestandteil des Programms und keineswegs eine unerwünschte Tat von einzelnen. Es prüft aber auch, „ob ein Verbot tatsächlich notwendig ist, um die Demokratie zu schützen“.

Es scheint also, als ob es sich die Verfassungsrichter nicht leicht machen würden. Dabei sollten die Rich-

ter des Bundesverfassungsgerichts nicht nur den Artikel 21 unserer Verfassung, das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“, kennen, sondern auch den Artikel 139. In dem ist ausdrücklich bestimmt: „**Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.**“

Und diese Rechtsvorschriften sind im Potsdamer Abkommen genau beschrieben:

„... **Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.**...“

Das ist eindeutig: Die NPD und alle anderen faschistischen Organisationen hätten nie zugelassen werden dürfen bzw. sofort verboten werden müssen.

Warum halten sich Bundesregierung und Verfassungsrichter nicht an die Verfassung? Warum spielen sie stattdessen „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ und schustern der NPD nebenbei jährlich über das Parteiengesetz 1,5 Mio. Euro zu?

Fast 70% treten für ein Verbot der NPD ein. Wir auch, und alle anderen Nazi-Organisationen mit, so wie es das Grundgesetz vorschreibt. E.Beltz

Liebe Leserinnen und Leser des Gießener Echo,

wir bedanken uns für alle großen und kleinen Beträge, die bisher bei uns eingegangen sind.

Wir müssen dennoch um weitere Spenden und um pünktliche Bezahlung der Zustellungsgebühren bitten, damit das Echo weiter in hoher Auflage erscheinen kann.

Gerade angesichts der politischen Weltlage, der Kriegsgefahr und der Verelendung versucht das Gießener Echo ein Gegenpol zur bürgerlichen Presse zu sein, die sich durchweg mit kleinen Unterschieden als Sprachrohr der Herrschenden versteht.

Wir bitten um Überweisung auf das Konto:

Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70.

Nicht vergessen: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden.

Mit vielem Dank
und hoffnungsvollen Grüßen
Redaktion Gießener Echo



10 Wochen kostenlos testen
CompressVerlag, HoffnungsStr.
18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de



news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
dkp-giessen.de
DKP Gießen auch bei Facebook

Redaktionsschluss für Mai-Echo: Mi., 20. April

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Imperialistische Kriege und gesellschaftliche Alternative

Diskussions-Veranstaltung mit Inge Viett

Freitag, 15. April, 19.30 Uhr, Versailles-Zimmer/Kongresshalle

Inge Viett, seit vielen Jahren Aktivistin gegen Kapitalismus und imperialistische Kriege, ehemaliges Mitglied der Bewegung 2. Juni und der Roten Armee Fraktion diskutiert mit uns über den Charakter der Deutschen Demokratischen Republik. Über ihre sozialistischen Grundzüge und der Notwendigkeit aus den gemachten Erfahrungen zu lernen. Es geht vor allem um die Notwendigkeit einer sozialistischen gesellschaftlichen Alternative, die Entwicklung einer fortschrittlichen Massenbewegung als Gegenkraft gegen die reaktionäre Entwicklung in der BRD und in Europa.

Veranstaltung der VVN, DKP und SDAJ

Demonstration in Wetzlar

Grenzenlose Solidarität – Wetzlar gegen Rassismus und Faschismus

am Samstag, 16. April, 12 Uhr, Herkules-Center, Bahnhofstr. 19 in Wetzlar,
Veranstalter: DGB Kreisverband Lahn-Dill, Revolutionäre Aktion Wetzlar (RAW), Antifaschistische Revolutionäre Aktion Gießen (ARAG), Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend Gießen/Marburg (SDAJ)

Filmabend "Den Sieg sichern!"

(Dokumentarfilm zum Bau eines Gesundheits- und Sozialzentrums in Kobane durch internationale Brigaden der ICOR)

anschließend: Musik und Informationen an verschiedenen Infoständen

Mittwoch, 27. April, ab 19 Uhr, im mesopotamischen kurdischen Kulturzentrum, Ederstr. 16, Gießen

Veranstalter: Kurdistan-Solidaritätsbündnis-Gießen

Wetzlar

Aktuelle Lage in Griechenland

Bericht einer Genossin der SDAJ aus Kassel, die mit einer SDAJ-Delegation im vergangenen Herbst vor Ort in Griechenland war.

am Mittwoch, 27. April, 19 Uhr im Tafelladen, Bahnhofstraße, Wetzlar

Veranstalter: DKP Lahn-Dill, Die Linke Lahn-Dill und SDAJ Gießen

TTIP: Großdemo bei Obama-Besuch geplant

Am Samstag, dem 23. April soll in Hannover eine Großdemo gegen TTIP stattfinden anlässlich des Besuchs von Barack Obama der Industriemesse.

Kuba abseits vom Tourismus erleben

46. Europäische Brigade José Martí vom 2.- 24. Juli 2016
Intensiv - Informativ - Solidarisch

Veranstalter: Instituto de Amistad con los Pueblos (Institut für die Freundschaft zwischen den Völkern) und die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba.

Weitere Informationen: www.fgbrdkuba.de/info@fgbrdkuba.de/02212405120

Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr, bei den 3 Schwätzern

UZ-Pressfest
Volksfest der DKP
1.-3. Juli 2016 • Dortmund
Revierpark Wischlingen

Kauft den Soli-Button zur Finanzierung des Festes
5,- / 10,- €

www.uz-pressefest.de

Diese Pressefest-Webseite wird ständig aktualisiert und gibt einen Überblick über Angebote, allgemeine Infos und Neuigkeiten, Programmübersicht, auftretende Künstler, Veranstalter u.a.m.